

Die Gründung der DDR — ein Werk von Millionen

Über die Volksbewegung für die Gründung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik vor 30 Jahren auf dem Territorium des heutigen Bezirkes Karl-Marx-Stadt

Von Prof. Dr. phil. Heinz Mehner

Der 30. Geburtstag unserer Deutschen Demokratischen Republik steht kurz bevor. Die Bürger unseres Landes haben dieses Ereignis mit vielen guten Taten zur Stärkung ihres sozialistischen Staates würdig vorbereitet. Im sozialistischen Wettbewerb haben sie damit auf geschichtlich höherer Stufe nachlassend fortgesetzt, was vor 30 Jahren, unter Führung der SED, die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Werktätigen begannen, als sie unterstützt vor allem von der Sowjetunion, diesen Staat geschaffen haben.

Die DDR ist auf der objektiven Grundlage materieller, politischer und geistiger Errungenschaften aus dem ihr vorangegangenen antifaschistischen, revolutionär-demokratischen Umwälzungsprozess gesetzlich entstanden. Sie mußte mit geschichtlicher Notwendigkeit entstehen, um das Ertrugene zu sichern und die Hinüberleitung dieses Prozesses in die sozialistische Revolution sowie deren Vollzug zu gewährleisten. Im Leben gerufen, gefestigt und gestärkt aber wurde sie und konnte sie nur werden durch die demokratische Initiative der Massen der Arbeiter und der anderen Werktätigen. Das bezeugen die historischen Tatbestände, auch entgegen der Behauptung unserer Gegner, daß die Gründung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates über Massenbasis im Volke gewesen und diesem von einer Minderheit sowie von außen her aufoktroyiert worden sei. Solche Verleumdungen verfolgen keinen anderen Zweck als den, die ideologischen Grundlagen der DDR zu unterhöhlen und den jeweils gegenwertigen Massenaktionen zu ihrer Stärkung entgegenzuwirken.

Zeugnisse dafür, daß schon die Gründung der DDR ein Werk von Millionen aus allen werktätigen Klassen und Schichten des Volkes war, kann insbesondere auch die Geschichte des erzgebirgisch-vogtländischen Raumes liefern, auf dessen Boden 1932 der Bezirk Karl-Marx-Stadt gebildet wurde. Dieses Gebiet gehört zu großen Teilen zu den traditionellen Industriezentren unseres Landes, die in ihrer Gesamtheit mit ihrer Arbeiterklasse den Hauptträger der revolutionär-demokratischen Umwälzung sowie der aus diesem Prozeß hervorgegangenen Bewegung stellten, deren Ziel es zunehmend wurde, den Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden zu errichten. Ihren Höhepunkt erreichte diese

Bewegung im Frühjahr 1949. Im heutigen Bezirk Karl-Marx-Stadt wurde die Forderung, diesen Staat zu gründen, öffentlich und sogleich massenhaft erstmalig am 1. Oktober, am Vorabend des Weltfriedenstages 1949 (damals wurde der Weltfriedenstag im Oktober begangen), erhoben. Sie kam an diesem Tag vor allem in Entschliessungen zum Ausdruck, die auf den Belegschaftsversammlungen mehrerer Chemnitz-Großbetriebe von 30 000 Werktätigen angenommen und mit der Aufforderung an den Deutschen Volksrat abgestimmt wurden, alle Maßnahmen zur Staatsgründung baldmöglichst einzuleiten. Dem folgten wenige Tage später, zum Teil noch am gleichen Tag, fast alle größeren und auch viele kleine Betriebskollektive aus dem gesamten Gebiet Erzgebirge/Vogtland, darunter so starke und bedeutende in dieser Zeit wie die Oelsnitzer Grube „Deutschland“ mit allein 3500 Kumpel.

Zu den allerersten im erzgebirgischen Raum, die die Gründung der DDR forderten, gehörten auch die organisierten Vertreter der fortschrittlichen deutschen Jugend. Das waren zum Beispiel 200 FDJ-Mitglieder, die sich, aus mehreren Orten kommend, in Rochlitz zu einer Friedenskundgebung zusammengefunden hatten. Das waren aber auch 2000 Chemnitz-Jugendfreunde, die am Abend vor dem Weltfriedenstag einen Fackelzug durch ihre Stadt veranstalteten und auf einer anschließenden Kundgebung einhellig beschlossen, an den Deutschen Volksrat die gleiche Aufforderung wie die Massen der Arbeiter und anderen Werktätigen zu richten. Und unter den 3000 Teilnehmern einer Kundgebung am Weltfriedenstag, die mit dem Vorsitzenden der Landesleitung Sachsen der SED, dem Chemnitz-Arbeitersohn Erich Mükkemeyer, auf dem Festplatz in Annaberg stattfand, stimmten auch 400 FDJler für eine dem Volksrat zu übermittelnde Willenserklärung gleichen Inhalts.

Diese Jugendlichen hatten am Vormittag dieses Sonntags freiwillig am Bau der Talsperre Cranitz mitgeholfen. Ihr Verhalten war in besonderer Weise symbolisch dafür, daß unsere DDR von ihrer Entstehung an schon vor allem auch Wunsch und Werk der Jugend unseres Volkes gewesen ist, die sich dadurch ihr wahres Vaterland selbst mitgeschaffen hat.

In Chemnitz sandten als erste 3000 Arbeiter der Marten-AG und des VEB Baumwollspinnerei begeistert Grußbotschaften an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bald waren es Hunderte Betriebskollektive aus dem ganzen Bezirk, die ihren Belegschaften und ihren guten Wünschen für das Gelingen des jungen Staates überbrachten, und dies zum Teil schon mit konkreten Verpflichtungen zu seiner Festigung verbunden. Zum Höhepunkt aller Zustimmungskaktionen wurde der 12. Oktober. Das war der Tag, an dem der verdiente Arbeiterfunktionär Otto Grotewohl als Ministerpräsident eine programmatische Erklärung der Regierung der DDR abgab.

Durch den Rundfunk, zumeist im Gemeinschaftsempfang in Betrieben und Schulen, war dieser Tag über diese Erklärung gut informiert, demonstrierten danach in allen

Die Errichtung der DDR ermöglichte eine grundlegende Wende in der Geschichte des deutschen Volkes. Mit diesem Staat als ihrem Hauptinstrument, konnte die Arbeiterklasse, die in ihm, verbündet mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen, die Macht ausübte, voll den Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Fortschritts und der Epoche entsprechen, und den begonnenen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bis zu Ende vollziehen. Damit war es möglich geworden, ein für allemal von der kapitalistischen Ausbeutung, der Arbeitslosigkeit und den Krisen zur sozialen Sicherheit und zum wachsenden materiellen und geistigen Lebensstandard der Volksmassen, von der imperialistischen Unterdrückung zur Souveränität und Freiheit des werktätigen Volkes, von der Völkerverhetzung zur Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion, der Volksdemokratie und der ganzen friedliebenden Welt, von der Kriegspolitik zum staatlich organisierten Friedenskampf überzugehen.

In der Regierungserklärung zur Gründung der DDR war jedoch auch in aller Offenheit gesagt worden, daß diese Wende letztlich nur Wirk-

lichkeiten werden konnte, wenn es trotz aller Schwierigkeiten aus den Kriegsfolgen und der imperialistischen Spaltung Deutschlands gelang, dafür eine ausreichende ökonomische Ausgangsbasis zu schaffen. Unfähig, das Kräfteverhältnis und die Entwicklung real einzuschätzen, frohlockten ihre Feinde in der BRD, selbst für manche indifferenten Bürger scheinbar zu Recht, mit den „Ruhm Nachrichten“ wunschträumend: „Diese sogenannte DDR... wird das Jahr 1950 kaum er-, geschweige denn überleben.“

Die Regierung der DDR sah es daher als eine vordringliche Aufgabe an, im Rahmen des Zweijahresplanes 1949/50 die Industrieproduktion um wenigstens 18 Prozent zu steigern und damit zunächst einmal den Vorkriegsstand wieder herzustellen. Sie wies damit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen konkret den Weg, wie diese ihre aus Anlaß der Gründung der Arbeiter- und Bauern-Macht übernommenen Verpflichtungen vor allem einzulösen konnten, um dadurch diese Macht zu festigen, sie bei der Durchsetzung einer grundlegend neuen deutschen Politik zu unterstützen und dem eigenen Wohle bestmöglich zu dienen.

Mit dem generellen Ziel, den Zweijahresplan um Monate vorfristig zu erfüllen, machten sich, wie überall in der DDR, auch die Werktätigen im Erzgebirge und Vogtland die Produktionsaufgaben voll zu eigen, die die Regierung sowohl ihrer aktuellen als auch ihrer prinzipiellen Bedeutung nach überzeugend begründet hatte. Bei ihrer Verwirklichung im sozialistischen Wettbewerb fielen einige neue bzw. mit neuem Inhalt versehene Initiativen besonders ins Gewicht. Das waren einmal Sonderschichten zur Planüberfüllung, wie sie zum Beispiel von den Belegschaften der Baumwollspinnereien Falkenau und Gölkersberg durchgeführt wurden. Da zu gehörte der verstärkte Übergang zu kollektiven Arbeitsleistungen, wie sie durch Jugendaktive der Wäsche- und Modelfabrik Auerbach und der Nähfabrik Breitenau in Angriff genommen wurden. Bedeutsam war weiterhin die Bildung von Qualitätsbrigaden, wie sie beispielsweise im VEB Textima — Spinnereimaschinenbau Chemnitz damals einsetzte.

Und ein Zeugnis besonders hoher Bewußtsein und Moral legten die Werktätigen ab, die einzeln oder im Kollektiv freiwillig ihre Arbeitsnorm erhöhten. Sie kamen u. a. aus dem VEB Kleinmontagen Annaberg, dem Halbzeugwerk Auerhammer, dem Anker-Werke Oberan und dem Karl-Liebknecht-Werk Oelsnitz.

Zu all dem kam noch eine Initiative, die die „Volksturner“ aus gutem Grund als eine „bahnbrechende Tat“ charakterisierte und propagierte. Die Zeitung meinte damit einen Vertrag, den am 42. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der Dreier Siegfried Uhlich und der Techniker Willy Lenk aus dem Kottlitzwerk Stollberg miteinander abgeschlossen hatten. Vorbild dabei waren ihnen zwei Sowjetbürger, der Arbeiter Brejkin und der Wissenschaftler Sawin aus dem Ostseewerk Leningrad, gewesen.

Bahnbrechend an diesem Vertrag war vor allem, daß er konkret darauf gerichtet war, im betrieblichen Reproduktionsprozeß zwei eng miteinander verknüpfte Bedingungen zu schaffen, die von der SED frühzeitig als unerlässlich dafür erkannt wurden, die ökonomischen und anderen Aufgaben der DDR zu erfüllen. Otto Grotewohl hatte auf sie in der Regierungserklärung explizit hingewiesen, als er forderte, die Arbeitsproduktivität rasch zu steigern und zu sichern, die „Arbeiter der

Genosse Prof. Dr. phil. Heinz Mehner

Nachruf der Parteileitung und des Rektors der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt

In tiefer Trauer teilen die Parteileitung und der Rektor mit, daß am 18. September 1979 nach langer, schwerer Krankheit unser Genosse Prof. Dr. phil. Heinz Mehner kurz nach Vollendung seines 58. Lebensjahres verstorben ist. In ihm verlor die Partei einen Genossen, der seine ganze Kraft für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die überzeugende Vermittlung der Theorie des Marxismus-Leninismus und die Erziehung unserer Jugend zu sozialistischen Patrioten und proletarischen Internationalisten eingesetzt hat.

Nach der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus begann Genosse Mehner 1948 seine Tätigkeit als Neulehrer. Aus der Arbeiterklasse stammend, erwarb er sich mit großer Gewissenhaftigkeit die Kenntnisse, die er für die Erfüllung der ihm von unserer Partei übertragenen Aufgaben benötigte. In Anerkennung seiner Verdienste als Lehrer, Leiter einer Grundschule und Direktor einer erweiterten Oberschule delegierte ihn unsere Partei 1950 zur Aspirantur an das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, die er 1963 mit der Promotion zum Doktor der Philosophie abschloß. Ab September gleichen Jahres wurde für ihn unsere Technische Hochschule zur Stätte seines Wirkens.

Am 1. April 1964 erfolgte seine Berufung zum Hochschuldozenten und am 1. September 1969 zum ordentlichen Professor für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Von 1964 bis 1965 war Genosse Professor Mehner Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften und von 1965 bis 1972 Professor für Gesellschaftswissenschaften unserer Hochschule. In diesen Funktionen erwarb er sich große Verdienste bei der Entwicklung unserer Hochschule, vor allem bei der Erhöhung der Wirksamkeit des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums. Die Lebensverbundenheit seiner Lehr- und Erziehungsarbeit, seine Überzeugungskraft und sein parteilicher Standpunkt trugen wesentlich dazu bei, Mitarbeiter und Studenten zu be-



gestern und zu befähigen, all ihre Kraft für die Verwirklichung der Beschlüsse unserer Partei und Regierung einzusetzen. Dabei erwarb er sich hohe Achtung und Anerkennung innerhalb und außerhalb unserer Hochschule. Diese Arbeit setzte er auch als Leiter des Wissenschaftsbereiches Wissenschaftlicher Kommunismus/Geschichte der Arbeiterbewegung erfolgreich fort.

Genosse Professor Mehner, der seit 1948 unserer Partei angehörte, leistete immer eine aktive Parteilinie als langjähriges Mitglied der Parteileitung der Hochschule, Mitglied des Propagandenausschusses und der Geschichtskommission der Parteileitung unserer Partei und des Problematikrates Geschichte der DDR.

Alle achteten ihn als klassenbewußten Genossen, der bereitwillig seine Erfahrungen und Kenntnisse vermittelte und überzeugend zur Klärung von Problemen unserer gesellschaftlichen Entwicklung beitrug.

Seine Leistungen wurden mit der Verleihung der Verdienstmedaille der DDR und weiteren staatlichen und gesellschaftlichen Auszeichnungen gewürdigt. Wir werden das Andenken an unseren Genossen Professor Mehner stets in Ehren halten.

Es war nicht zufällig, daß die Forderung nach der Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Macht im zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit dem Weltfriedenstag laut und vernünftig erhoben wurde. Arbeitermacht, Sozialismus und Frieden sind objektiv untrennbar, wie andererseits Imperialismus und Krieg nicht voneinander getrennt werden können. Und wer damals in Deutschland ehrlichen Herzens und festen Willens für den Frieden und besonders dafür eintreten wollte, daß von deutschem Boden aus nie wieder ein Krieg entfacht werden würde, er mußte folgerichtig auch nach einer deutschen Staatsmacht streben, die nicht wieder imperialistisch, sondern sozialistisch war bzw. die als wahrhaft demokratische Staatsmacht den Weg zu einem sozialistischen Staat erschloß.

Diese Konsequenz war von der SED programmatisch bereits bei ihrer Gründung 1946 gezogen worden; nicht zuletzt als Schlußfolgerung aus zwei vor allem von deutschen Imperialisten angezettelten Weltkriegen. In ihren „Grundsatzen und Zielen“ hatte die Partei in diesem Sinne die „Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik“ gefordert, auf deren Boden die politische Macht der mit allen Werktätigen verbündeten

Arbeiterklasse in einem sozialistischen Staat erkämpft werden sollte. Bis zum Frühjahr 1949 war die Notwendigkeit, diese von der SED gewiesene Konsequenz baldmöglichst praktisch zu verwirklichen, auch immer mehr Arbeitern und anderen Werktätigen in das Bewußtsein gedrungen, die nicht der Partei angehörten. Dazu hatte die unermüdete Aufklärungsarbeit der Mitglieder der SED, aber besonders auch der Umstand beigetragen, daß Anfang September 1949 Deutschland gespalten und die BRD gegründet worden waren. Nicht nur, daß dieser imperialistische Staat im engen Zusammenhang mit dem Entstehen des aggressiven NATO-Bündnisses aus der Taufe gehoben wurde, er signalisierte auch sofort seinen friednisschneidenden Charakter, indem er die mit Ende des zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen in Europa nicht anerkannte. Deshalb forderten viele Werktätige die Bildung der DDR, besonders im Interesse der Erhaltung des Friedens und zugleich als fundamentale staatliche Entgegensetzung zu der imperialistischen BRD. Das kam damals zum Beispiel in der Forderung zum Ausdruck, im Unterschied zur Regierung dieses Staates, „eine wahrhaft deutsche Regierung zu schaffen“, wie es in besonders vielen Resolutionen aus dem Kreis Stollberg formuliert war.

Stollberg, die eine Beratung der Kammer der Technik nutzten, sich dafür auszusprechen. Sie taten das in der erklärten Zuversicht, daß die Errichtung der DDR alle Techniker veranlassen werde, noch mehr und bewußter an der „Fortentwicklung von Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik“ mitzuwirken.

Unter diesen Bedingungen war es keine Frage, daß die übergroße Mehrheit der Bürger unseres Landes aus vollem Herzen zustimmte, als auf Beschluß des Deutschen Volksrates, der dazu von ihnen ermächtigt worden war, die entscheidenden Schritte der Staatsgründung der DDR vollzogen wurden: die Bildung der Provisorischen Volkskammer, der Länderkammer und der Regierung der DDR, das Inkrafttreten der in breiter Volksdiskussion bestätigten Verfassung und schließlich die Wahl unseres ersten Arbeiterpräsidenten, des bewährten Kämpfers für die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes, Wilhelm Pieck.

ten zunehmend fruchtbarer gemacht werden konnte.

Die großen Bemühungen unzähliger Arbeiter und anderer Werktätiger, ihren jungen Staat mit hohen Produktionsleistungen zu ehren und zu stärken, führten in nicht wenigen Städten und Dörfern des heutigen Bezirkes Karl-Marx-Stadt zu einer außerordentlich hohen Überfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1949. So wurde zum Beispiel in Chemnitz dieser Plan mit 140 Prozent und im Kreis Rochlitz mit 131 Prozent erfüllt.

Damit halfen die Werktätigen dieses Industriegebietes hervorragend mit, gute Voraussetzungen für die vorfristige Erfüllung des Zweijahresplanes 1949/50 zu schaffen und

gleichzeitig dafür, daß 1951 auf ausreichender ökonomischer Basis, mit dem ersten Fünfjahresplan der allseitige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR eingeleitet werden konnte.

Auch waren ihre Produktionserfolge ein wertvoller Beitrag dazu, daß noch im Gründungsjahr der DDR das Lebensniveau der Volksmassen spürbar gehoben werden konnte. Das erfolgte auf dem Wege, daß die HO-Preise für wichtige Konsumgüter wesentlich gesenkt, die niedrigste Lebensmittelpalette abgeschafft und mehr Mittel auch schon für kulturelle Zwecke verausgabt wurden. Für letzteres zeigte in Chemnitz zum Beispiel der beginnende Wiederaufbau des Opernhauses im Herbst 1949.

Auf diese Weise konnten die Bürger der DDR schon sehr frühzeitig die Erfahrung machen, daß sich in ihrem Staat alle erfolgreichen Anstrengungen zur Stärkung desselben und unmittelbar zur Verbesserung ihres Lebens auswirkten. Das mobilisierte noch mehr von ihnen zu verstärkter ökonomischer Aktivität. Es trug aber sicherlich auch nicht wenig dazu bei, noch mehr Werktätige zu aktiver politischer Tätigkeit anzuspornen und sich dazu mit Gleichgesinnten in entsprechenden Organisationen zu vereinen. Davon zeugt meines Erachtens beispielsweise eine sprunghafte Entwicklung der politischen Organisiertheit der werktätigen Massen in Chemnitz im Zeitraum der Gründung der DDR.

Bedeutung für die weitere Entwicklung war vor allem, daß die SED als Führungskraft des sozialistischen Aufbaus ihre Reihen besonders qualitativ, durch einen starken Zustrom von Kandidaten aus der Industrie- und Bauernschaft, dem Kern der Arbeiterklasse, wesentlich stärken konnte. In Chemnitz, wo der Partei damals etwa 12 Prozent der Bevölkerung der Stadt und des Kreises angehörten, kamen im Herbst 1949 aus den Reihen der Industrie- und Bauernschaft 57 Prozent der Neuzugänge. Ähnliches konnte im November 1949 auch auf der Kreisdelegier-

tenkonferenz in Flöha berichtet werden, insbesondere aus der Papierfabrik Grünhainichen, wo viele der besten und aktivsten Arbeiter der Partei beigetreten waren.

Starke Zuwächse in Chemnitz hatte in dieser Zeit auch der FDGB als größte Massenorganisation der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen zu verzeichnen. Hatten ihm hier Ende 1947 rund 100 000 Mitglieder angehört, so war deren Zahl Anfang 1950 auf 150 000 angewachsen.

Für eine ähnliche Entwicklung der Jugendorganisation sei als Beispiel angeführt, daß an den Technischen Lehranstalten Chemnitz, der heutigen Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt, am 27. April 1949 die erste FDJ-Gruppe mit 9 Mitgliedern gebildet wurde, daß aber Anfang 1950 schon etwa 85 Prozent der etwa 800 damaligen Studenten dieser Einrichtung der FDJ angehörten.

Sehr schnell wuchs insbesondere die Zahl der Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Gehörte dieser Organisation im April 1949 vorerst 1011 Mitglieder an, so waren es ein Jahr darauf schon 21 793.

Aber auch der DFD und die Sportgemeinschaften in der Stadt konnten 1949 die Zahl ihrer Mitglieder verdoppeln.

All das bestätigt, wie recht Wilhelm Pieck hatte, als er ein Jahr nach Errichtung der Arbeiter- und

Bauern-Macht einschätzte: „Die Gründung der Republik hat im Bereich Errichtung der Arbeiter- und